

Der Sozialdemokrat

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Volksbuchhandlung
Holligen-Zürich.
Vollsendungen
franko gegen franko
Geldliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Dritteljahrspreis von
Fr. 2 — für die Schweiz (Reisepost)
Fr. 2 — für Deutschland (Gouvern)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvern)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reisepost).

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Nr. 36.

Donnerstag, 3. September. [04.09]

1884.

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt sich der dortige
Verleger für alle Fälle, unsere Verbindungen nach dem Ausland möglichst zu erhalten, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die deutsche Post für den Postverkehr notwendig und
kann keine Schwierigkeiten bereiten, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützigen. Quantitativ ist diese Einrichtung, doch unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbescholtene
Person außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch uns möglichst unbescholtene Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich dem besten größeren
Sicherheit Retromandierung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienoffen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Höheres Blech.

Sogar der deutsche Sozialismus . . . macht neuerdings
recht erklecklich in höherem Blech und produziert eben und jenen,
der sich mit „Wissenschaft“ brüht, von der er „wirklich“ auch
nichts gelernt hat.“ Es ist dies eine Kinderkrankheit, die die be-
ginnende Bekämpfung des deutschen Studiosus zur Sozialdemokratie
anzeigt und von ihr unzertrennlich ist.“ . . .
So schrieb Fr. Engels vor nunmehr Jahren in seiner
Streitschrift gegen Dühring. Seitdem hat sich Manches geändert,
das Sozialistengesetz hat das Sozialdemokratenspiel etwas ge-
fährlich gemacht, und so hat sich denn der deutsche Studiosus,
der ja immer ein unschuldiger Knabe war — wir konstatieren
gern, mit einigen doppelt anerkannter Ausnahmen —
kluglich von der gefährlichen Partei ferngehalten. Das so schön
begonnene Bekämpfungswerk ward jäh unterbrochen.

Aber ein wenig Sozialismus war einmal Modesache geworden,
und „um die Mode mitzumachen“, hat sich Studiosus daher
vom gefährlichen Sozialismus auf den ungefährlichen, vom ver-
botenen auf den erlaubten geworfen. Er wurde „wissenschaftlicher
Sozialist.“ Er entsagte dem \ddagger Marx und betet jetzt den heiligen
Robbertus an.

Robbertus ist ein wahrer Schatz für eine Epoche, wie die
gegenwärtige, wo die Hauptsache ist, mit vielen Worten nichts
zu sagen. Er bietet viel und verpflichtet zu nichts. Man kann
Anhänger von Robbertus sein und jeden beliebigen Posten im
Staate bekleiden, und doch finden sich in Robbertus' Schriften
Stellen, die der rotheste Sozialist unterschreiben könnte. Robbertus,
dessen wissenschaftliche Verdienste nicht in Abrede gestellt werden
sollen, ist der Mann der Strebler, denn er ist der Mann der
Hintertrethüren; kurz der Robbertuskultus steht heute in äppigster
Blüthe und zeitigt die lieblichsten Früchte.

Eine solche Frucht präsentiert sich uns in der letzten Nummern
der in Wien erscheinenden „Deutschen Wochenschrift“ — bei-
läufig ein Blatt, bei dem nicht nur der Leser nicht weiß, woran
er mit dem Herausgeber ist, sondern auch dieser selbst nicht. Dort
läßt sich ein Herr Hermann Vahr gemüßigt, die deutsche
Sozialdemokratie vom erhabenen Standpunkt seiner Wissenschaft
zu schulmeistern, ihren „Gedankenbankrott“ zu konstatieren und
ihre die Pistole auf die Brust zu setzen: Robbertus oder
Tod!

Unser Studentlein führt sich gleich vielversprechend ein. Er
singt uns, gleich Mephisto, „ein moralisch Lied“, um uns gewisser
zu — belehren.

„Man liebt es,“ so beginnt er seine Philippika, „in Geschichtsbüchern,
Vorträgen, Kommodorenen die Ernsthaftigkeit der Deutschen als Muster
zu rühmen. Was der Deutsche anfaßt, heißt es, wird ernst bereitet,
ernst fortgesponnen, ernst zu Ende gehen. Das ist eine Lüge. Eine
bequeme Lüge, um das aufstaumelnde Gewissen jäh wieder niederzu-
stemmen. Das Gegenteil ist wahr. Das Postensache, das Kommodore-
liche, die schale Oberflächlichkeit ist heute das Charakteristische unserer
öffentlichen Strebungen. Die Phrase beherrscht uns, um die „Dez“ dreht
sich Alles, äußerlicher Hietrath erdrückt den Inhalt. Der Schein geht
über das Sein. Unser gesamtes politisches und gesellschaftliches Leben
ist zu einer so jämmerlichen Tragikomödie verlottert, daß es kein Gleich-
niß dafür gibt in der Geschichte. Wir krackeln, kraxellieren, spektakeln
— aber es thut Niemandem was. Wir schleichen Küllibände und schweb-
ren heilige Eide — aber „Alles ist nur Spaß“, wie es in einem über-
reichlichen Studentenliede heißt. Beim Bier sind wir Republikaner,
Revolutionäre, Gott weiß, was noch Alles; Dantons an Frechheit,
Demobasse an Muth, wenn man uns reden hört — aber auf der Gasse
sagen wir uns willig dem Ausnahmestande. Wenn wir eine Kaus-
schelle kriegen, ziehen wir durch die Straßen, berufen eine Versammlung,
feiern einen Festschmaus und konstatieren in langathmigen Reden, daß
wir eine Kauschelle gekriegt, daß es unangenehm und eigentlich ganz
überflüssig sei. Dann singen wir ein Lied an die Zukunft, wo man
keine Kauschelle mehr kriegen wird, trinken unseren Schoppen aus und
wandern vergnügt heim, den Schlaf des Gerechten zu schlafen.“

Gut gekrullt, Löwe! Denn wer so schreibt, muß doch min-
destens ein Löwe an Muth sein. So kann die deutsche Sozial-
listen — Herr Vahr ist nämlich so liebenswürdig, mit dem
„uns“ und zu wehren — nur schulmeisternd, werthig, mit dem
„nicht den“, „Schlaf des Gerechten zu schlafen“, sondern die That
des Strafenden und Räthenden zu verrichten.

Meint Ihr? Wie schlecht kennt Ihr den „wissenschaftlichen“
Sozialisten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Herr Vahr ist nicht darüber unwirksam, daß die deutschen
Sozialisten die „Kauschellen“ einstecken, sondern darüber, daß
sie sie nicht ruhig — „wissenschaftlich“ — einstecken.

Wie hat dieser Zug nach der Phrase,“ fährt er fort, „die knabenhafte
Sucht, um Alles in der Welt für was Beyonderes, Gefährliches, Ange-
benerliches zu gelten, dieser läppische Hang zu abenteuerlichem Nummen-
schanz und prunkender Schaulusterei so diese Verzeerungen gestiftet wie
heute am deutschen Sozialismus. Er ist kein Muth. Er macht
ihn lächerlich. Er raubt ihm die zustimmende Wohlmeinung ernstlicher
Freunde.“

Einem Augenblick halt! Die Phrase ist zu schön: „Die zu-
stimmende Wohlmeinung ernstlicher Freunde.“ Ein solches Deutsch
in der „Deutschen Wochenschrift, Organ für die gemein-
samen nationalen Interessen Oesterreichs und Deutschlands!“
Wenn diese nationalen Deutschen doch unsere Sprache nicht so
hundemäßig schinden wollen! Aber freilich — „ernste Gedanken-
arbeit ist ein langweilig Ding.“ Nur immer frisch drauf los-
gedudelt!

„Wozu“, subelt Studiosus Vahr weiter, „die Gigantenmühe (!), die
Mühsel zu entwirren, die heute noch die Staatenperiode des Verdienste-
eigentums (!) unstriden? Wir unterhalten uns lieber darüber, ob im
Zukunftstaate die Weiber rothe oder grüne Strumpfbänder tragen und
die Vindes Betetplaz oder Liebknechtstraße heißen sollen, und schimpfen
dabei unsäthig auf Kaiser und Reich.“

Merkt Du was? Nicht mehr auf „Kaiser und Reich“ schimpfen,
sondern

„wo eine radikale Wirtschaftspartei des vierten Standes, losgelöst
von allen politischen Phantasieren (!), auf allen Vindes siegt, wie die Ver-
nunft — endlich und schließlich — noch immerdar gesiegt in der Ge-
schichte, scheidt man die tollsten Wollentkalkshemereien in's Treffen.
Der Beständige zückt mitleidig die Achsel, und wer sich vor Freude
schmunzeln die Hände reibt, ist wieder nur der Bourgeois.“

Also los auf den Bourgeois! Hier wird unser Student hoffent-
lich endlich furchtbar werden. Aber erst lassen wir ihn noch den
„vollständigen Gedankenbankrott des modernen Sozialismus“
konstatieren.

„Vassalle, Marx, Robbertus sind todt, Engels pflegt einer bescha-
ulichen Ruhe“, — Varschlein, „die beschauliche Ruhe“ des Engels dürfte
dir und deinen Freunden das sauer aufstoßen! — „und die Jungen
kann man nur schimpfen! Die Agitation verpumpt! Mit dem Traumbilde
eines verschwommenen Zukunftstraumes löst man seinen Hund hinter
dem Ofen hervor. Das nächste Ziel aber, das wegweisende Schlagwort,
die erste Station, nach der zunächst die weite Reise zu richten wäre, fehlt.
Selbst die paar Vermünftigen — besonders in Süddeutschland bricht sich
neuerdings eine erfreuliche Richtung Bahn (glückliches Süddeutschland!) —
solpens haltlos im Dunkeln (arme Bernünftigen). Mit Vassalle's Pro-
duktiv-Affoziationen geht's nicht mehr. Der Gehante ist längst als ver-
fehlt erwiesen. Der Normalarbeitstag reicht nicht aus.“

Wie man sieht, steht es ernstlich um den Sozialismus in
Deutschland. Man begreift eigentlich gar nicht, wozu noch ein
Sozialistengesetz nötig, Feige, unwissend, ohne ernstliche Freunde
locken „wir“ keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Es ist
schrecklich.

Aber wo die Noth am größten, ist die Hilfe am nächsten.
Der Bankrott ist noch nicht vollständig. Im Nachlaß von Rob-
bertus fand sich eine Perle, die retten kann.

„Und das Wort, das zielführende (welches Deutsch!) Wort, das die
Rassen erfährt und das nächste Jahrzehnt die Bewegung beherrscht?
Es ist da. Sie hören es nur nicht. Ricardo kennt es bereits. Es steht
auf jeder Seite der Robbertus'schen Schriften wieder. Das Wort muß
sein: „Verhältnismäßiger Arbeitslohn.“

Heraus ist's, das erlösende Wort. „Wir“ haben es nur zu
akzeptieren, und „wir“ sind nicht mehr „lächerlich“, nicht mehr
„Nüpel in der Löwenhaut“, sondern dann wird uns wieder die
„zustimmende Wohlmeinung ernstlicher Freunde“ zu Theil, wir
locken dann Hunde hinter dem Ofen hervor, und erbleichen wird
der Bourgeois, der bisher ob unserer „Wollentkalkshemerei“
sich „vor Freude schmunzeln die Hände reibt.“ Und alle diese
Wunder bewirkt der „verhältnismäßige Arbeitslohn.“

Sehen wir uns also das Ding näher an.

Die Sache ist furchtbar einfach. Heute regelt sich der Arbeits-
lohn nach dem Geset von Angebot und Nachfrage derart, daß
der Arbeiter nicht den Werth seines Productes, bezw. seiner
Arbeitsleistung erhält, sondern nur einen Theil desselben, der zur
Fristung seines Unterhaltes mehr oder minder knapp ausreicht. Der
Rest, der Mehrwerth seiner Arbeit über ihren Preis, wandert in
der Form von Unternehmervogewinn, Kapitalzins, Grundrente u. in
die Tasche Anderer. Gegen diesen Zustand nun remonstriren die
Arbeiter und auch Robbertus — denn wir haben es jetzt nicht
mehr mit dem eigenen Blech des Herrn Vahr, sondern mit dem
auch Robbertus bewirkt ihn. Nun kann man aber an ihn nicht
rütteln, ohne den Grund- und Kapitaleigenthümern schände zu
Leibe zu gehen.

„Unbestreitbar aber und unabweisbar ist heute und für manche lange
Jahre noch an eine friedliche Aufhebung von Grund- und Kapitaleigen-
thum mit nichts zu denken. Viel Blut müßte da fließen. Bis zu
ihrem letzten Reschen Ernst würde die alte Gesellschaft sich dagegen
wehren. Wer also einen legalen Uebergang wünscht, wird sich den Ge-
danken — einstweilen wenigstens — aus dem Kopfe schlagen müssen.“

Und nun folgt das heilbringende Rezept:

„Gut also! Grund- und Kapitaleigenthum bestche fort. Das Recht
gewordene Unrecht bleibe Recht. Wir wollen davon nicht rütteln. Wir
können es nicht. Wir sind zu schwach. Wir fügen uns also. Der Ar-
beiter schaffe auch fürder nicht für sich allein, nein, auch für die Rentner.
Er begnüge sich. Er beziehe auch fürder nur einen Theil seiner Arbeit.
Kein Jota Eurer wohlverdienten Rechte werde geschmälert. Euch be-
hagt die heutige Einkommensvertheilung? Gut. Uns nicht. Aber wir
geben nach. Sie bestche für ewige Zeiten zu Recht. Wir wollen einen
Bakt darüber schließen. Wir verpflichten uns, ihr kein Haar zu krümmen.
Wir wollen sie niemals ändern. Aber Ihr auch nicht! Das schwört.
Ist heute der Antheil der Grund- und Kapitaleigenthümer je vier Zehntel,
der der Arbeit zwei Zehntel — gut! so soll es immer so bleiben.
Auch wenn die Produktivität wieder steigt. Auch wenn das Product
größer wird. Unser Antheil bleibe immer der gleiche. Er sei für alle
Zeiten unwandelbar festgesetzt. Wir wollen den Euren nicht

fürzen, schmälert uns den unseren nicht. Dann wird unser Leben noch
immer ein jämmerlich karges sein, aber es ist immer für alle Ewigkeit
zur Kargheit verdammt. Wir sind dann der Segnungen der fortschrei-
tenden Kultur theilhaft geworden. Es erblüht uns wieder, die uns
längst erstarrt, die Hoffnung. Eine bessere Zukunft leuchtet in weiter
Ferne, glücklichere, friedlichere Zeiten! Die Produktivität nimmt zu, der
Reichtum wächst, und mit den Gütern der Menschheit mehrt sich des
Einzelnen Gut. Wir sind dann nicht mehr enterbt, nicht mehr ausge-
schlossen von den Fortschritten der Kultur, nicht mehr aussichtslos, hoff-
nungslos, trostlos in ewiger Armuth festgebann. Eintr wird es besser!
Der Gehante gibt uns dann Muth und Kraft, alle Hindernisse der Welt
zu tragen.“ . . .

Denn
„nicht darin, daß der Lohn absolut zu niedrig ist, sondern darin, daß er
bei fortschreitender Produktivität als Antheil am Product immer geringer
wird, daß der „verhältnismäßige Arbeitslohn“ in fortwährender Abnahme
begriffen ist, hier liegt das Erbäuel unserer sozialen Verhältnisse.“

So, ist sind wir aus dem Wollentkalkshem der Sozial-
demokraten heraus in die reale Welt getreten. „Ist heute der
Antheil der Grund- und Kapitaleigenthümer je vier Zehntel, der
der Arbeit zwei Zehntel — gut! so soll es immer so bleiben!“
Die Rate des Mehrwerths beträgt auf immer und ewig 3 we i-
hundert Prozent.

Es lohnt eigentlich kaum der Mühe, auf diese, von einer wahr-
haft phänomenalen Engherzigkeit zeugende Utopie einzugehen,
aber charakteristisch ist es doch, zu sehen, welches Zeug man heute
als Sozialismus, als von tiefster nationalökonomischer Erkenntnis
gebende sozialistische Maßregel anzupreisen wagt.

Sehen wir deshalb einen Augenblick näher zu!

Also von Gesehwegen soll festgestellt werden, welchen Antheil
der Arbeiter vom Werthe seines Productes — Herr Vahr sagt
fogar: vom seinem Product — erhält. Dazu ist natürlich zweierlei
notwendig: erstens, daß dieser Werth selbst, der heutzutage
durch die freie Konkurrenz ermittelt wird, gesetzlich festgelegt
wird, und zweitens, daß das Product auch entsprechend veräußert
wird. Das erstere setzt eine stabile Produktion voraus — in der
Zeit der beständigen Umwälzungen der Produktion durch technische
Erfindungen einfach ein Unding; das zweite eine Regelung der
Produktion, die mit dem Fortbestehen des Kapitaleigenthums un-
verträglich, das heißt, solange Privatpersonen über die Produk-
tionsmittel freie Verfügung haben, unmöglich ist.

Um also das Grund- und Kapitaleigenthum zu retten, wird
eine Maßregel vorgeschlagen, welche erstens die Aufhebung des
Kapitaleigenthums — vom Grundeigenthum ein andermal —
voraussetzt und zweitens den Stillstand in der Entwicklung der
Produktion. Worin besteht diese Entwicklung? Daß Menschen-
arbeit durch Maschinenarbeit ersetzt wird, d. h. heute, daß das kon-
stante Kapital, das in Maschinen angelegt, sich vermehrt. Aus
welchem Grund verbessert heute der Fabrikant seine Maschinen?
Um Arbeitslöhne zu sparen. Wird ihm nun von Gesehwegen
vorgeschrieben: Du darfst an Arbeitslöhnen nicht mehr sparen,
so fällt für ihn einer der wesentlichsten Antriebe, seine Maschinen
zu verbessern, hinweg — unter Umständen kann es sogar gleiche
Wirkung haben wie Verbot, seine Maschinen zu verbessern. Der
wesentlichste Faktor des Fortschritts wird aufgehoben. Die Pro-
duktivität nimmt nicht zu, und „unser Leben bleibt ein jämmer-
lich-karges.“

Aber ist damit nicht das Todesurtheil über die Bestrebungen
der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage ausgesprochen? Ja
und nein. Ja, in der heutigen Gesellschaft des Grund- und
Kapitaleigenthums, — da bleibt die Maschine der Fluch des
Arbeiters; wo sie herrscht, ist es um ihn geschehen — nur die
Reduktion der Arbeitszeit kann ihn vor dem äußersten
Elend schützen. Nein, weil die Maschine ihm auch die Rettung
bringt: sie ist der Pionier der sozialistischen Produktion.

Es ist das Charakteristikum des kleinbürgerlichen Sozialismus,
daß er im Elend nur die eine Seite, das Elend, sieht, und
nicht zugleich die andere, die revolutionäre — so äußert sich
Marx schon in seiner „Wißore de la Philosophie.“ Das charak-
terisiert auch Robbertus und seine Anhänger. Sie sehen nur die
eine Seite, jammern und möchten helfen — aber von der andern
Seite wollen sie nichts wissen. Kein Klassenkampf, kein Ringen
der Arbeiterklasse um ihre volle Emanzipation, sondern eine ge-
sehwliche Festsetzung der Ausbeutungsrate in alle Ewigkeit — wenn's
möglich wäre.

Zum Glück aber ist es nicht möglich. Die kleinlichste Utopie,
die je ausgestellt wurde, ist auch zugleich die größte, d. h. die
widerspruchsvollste.

Und nachdem wir dies konstatirt, gönnen wir uns zum Schluß
— pour la bonne bouche, sagt der Franzose — noch ein wenig
Vahr'sches Blech.

Unser Studentlein schließt mit folgendem Knalleffekt:

„Die Folgen liegen zu Tage. Totale Hoffnungslosigkeit, Trübsinn,
Reid, Misanthie der Einen, Hypertrophie der Anderen. Und der unab-
wendbare Schluß ist die soziale Revolution.
Geschwliche Festsetzung des Antheiles der Arbeiter
am Product, Fixirung des „verhältnismäßigen Ar-
beitslohnes“ ist das Heilmittel dagegen. Und Reiner,
nicht der bornirte Bourgeois (!), kann darüber die Ein-
sprache erheben. Denn Reiner geschähe auch nur die
leiseste Vermögensbuße. Und darum (!) muß der Schlachttruf

des Sozialismus in dem nächsten Jahr sein: „Verhältnismäßiger Arbeitslohn“.

Trara, trara, Schnedderengtengteng!

Ein Kegerriecher.

Der Redaktion des „Sozialdemokrat“ ist ein überaus großes Malheur passiert. Sie hat sich den ganz besonderen Zorn eines Mannes zugezogen, der in Bezug auf den Sozialismus mindestens ebenso unfehlbar ist als der Papst in Bezug auf die Lehren der katholischen Kirche. Im vollen Bewußtsein dieser seiner Unfehlbarkeit donnert der Mann (er nennt sich H. W. Fabian und wohnt in der Nähe von Newport) sein Anathema gegen uns und fordert von der Partei nicht mehr und nicht minder als eine energische Maßregelung des „Sozialdemokrat“ — ob die große oder kleine Exkommunikation, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Wir haben nämlich das große Verbrechen begangen, in Bezug auf den Staat Ansichten zu äußern, die mit den Ansichten des Herrn Fabian gar nicht übereinstimmen. Nun ist zweifellos Herr Fabian nicht der Einzige, der unsere Auffassung vom Aufhören des Staates in der kommunistischen Gesellschaft nicht theilt, vielmehr ist sogar die Mehrheit der Genossen in Deutschland in diesem Punkte nicht mit uns einverstanden, aber Niemandem ist es bisher eingefallen, uns deswegen maßregeln und uns das Aussprechen unserer Ansicht verbieten zu wollen. Das aber verlangt Herr Fabian, und da er es in einem in der „New-Yorker Volkszeitung“ veröffentlichten offenen Briefe an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ that, so sind wir gezwungen,*) ihm eine „offene Antwort“ zukommen zu lassen. Noblesse oblige.

Wir werden mit unserer Antwort auf die sehr weitwärtige Epistel möglichst kurz sein. Die unsere Leser wissen, haben wir wiederholt in dem „Sozialdemokrat“ den Standpunkt entwickelt, daß der Staat, die politische Organisation der auf dem Klassengegensatz beruhenden Gesellschaft, mit diesem Klassengegensatz selbst seinerzeit wieder verschwinden wird, d. h. daß in der kommunistischen, auf dem Grundhaz der Gleichheit und der Solidarität aufgebauten Gesellschaft eine über derselben schwebende, sich zwischen sie und ihre Mitglieder drängende politische Gewalt keine Existenzberechtigung hat und daher allmählich aussterben wird.

Dies unser Verbrechen. Herr Fabian nennt unsere Definition des Staates eine „völlig sophistische“ und erklärt:

„Es ist nicht wahr, daß die Existenz und das Wesen des Staates sich nicht getrennt Klassen in der Gesellschaft voraussetzt. Im Gegentheil, die ursprüngliche, volksthümliche und allein sachentsprechende Auffassung von dem Wesen des Staates geht dahin, daß er die Systematik einer höheren Gemeinlichkeit von Individuen ausdrückt, die ohne den Staat ein gesellschaftliches Chaos, nicht aber eine menschliche Gesellschaft sein würden.“

In diesem Einleitungsatz offenbart sich bereits die durch und durch ideologische Denkweise unseres unfehlbaren Freundes. Er spricht nicht vom Wesen des Staates selbst, wie es sich in den verschiedenen Phasen der Geschichte manifestiert hat, sondern von der „Auffassung vom Wesen des Staates“, die keineswegs mit Ersterem übereinstimmt, ganz abgesehen davon, daß er ohne jede Spur eines Beweises seine Auffassung als die „ursprüngliche, volksthümliche und allein sachentsprechende“ bezeichnet.

Sehr treffend bemerkt dazu die Redaktion der „New-Yorker Volksztg.“, daß die Auffassung des Herrn Fabian

„weder nachweislich die ursprüngliche, am allerwenigsten aber volksthümliche und die allein sachentsprechende nur dann ist, wenn man auf dem Standpunkt des Einseitens steht, der sonst aber durchaus ungeschmackhaft.“

Da die Entstehung des Staates in die sogenannte vorgeschichtliche Zeit fällt, d. h. in jene Zeit, aus welcher uns historisch glaubwürdige Dokumente nicht vorliegen, so war man auch bisher über das ursprüngliche Wesen des Staates im Unklaren und noch mehr selbstverständlich über die ursprüngliche Auffassung von demselben. Neuerdings ist aber durch die Untersuchungen eines amerikanischen Gelehrten, Lewis H. Morgan, der mehr als ein Menschenalter unter den Indianerstämmen zugebracht und das Wesen derselben studiert hat, helles Licht in die Sache gebracht worden, und es ist im höchsten Grade über-

*) Herr Fabian hat uns nämlich schon vor einigen Monaten bombardiert. Da er seine Geschosse aber durch Vermittlung des „Freidenker“, eines Reichsparteiorgans, wider uns absandte, so hatten wir es vorgezogen, dem Beispiel anderer, gleichzeitig mit uns von ihm attackierter Leute zu folgen und ihm nicht zu antworten.

Reuilleton.

Aus der englischen Reformbewegung der dreißiger Jahre.

1.

Die Wahlreformbewegung, die sich in England abspielt, ruft die Erinnerung wach an die große Reformbewegung, welche Anfangs dieses Jahrhunderts, nach Beendigung der Napoleonischen Kriege, in England Boden faßte und schließlich, im Jahre 1832, zum Erlaß der bekannten Reform-Akte führte.

Es ist nicht unsere Absicht, hier eine Skizze der ganzen Bewegung zu geben. Dazu ist uns der Raum zu knapp bemessen. Dagegen, glauben wir, wird es unsere Leser sicher interessieren, einige charakteristische Episoden kennen zu lernen, wie sie in jener Zeit, Herr Lloyd Jones, in der englischen Zeitschrift „The Day“ schildert. Er wird aus denselben erfahren, daß das „gefährlichste aller Böller“, wie man die Engländer diesem Jahrbundert keineswegs auf seinen politischen Weg beschränkt hat.

Im Jahre 1830 empfing die Reformbewegung eine besondere Anfeuerung durch den Juliaufstand in Paris. Drei Tage Barricadenkampf hatten genügt, Alles umgeschoben zu machen, was die britische Regierung im Verein mit ihren Verbündeten mit unerhörten Kosten an Menschenleben und Volksschmerzen gethan, um die Böller zu verfluchen. Das Bürgerkriegsrummeln wurde in Frankreich proklamirt und von der englischen Regierung anerkannt. Belgien folgte Frankreich im Revolutionsworte, und die öffentliche Meinung Englands, voller Sympathie mit dem französischen und belgischen Volke, ward mit einem Male so zu Gunsten einer Reform der eigenen Verfassung gestimmt, daß die Frage sich nunmehr nicht darum handelte, ob Reformmaßregeln zu ergreifen seien, sondern darum, wie weit das Land in der Richtung auf die Republik vorzuschreiten habe.*

Der Herzog von Wellington*) — wir lassen nunmehr Jones sprechen — erklärte sich im Parlament entschieden gegen jede Reform, während das Volk sich in energischer Weise für eine solche aussprach, beiderseits trieb man offenbar der Aktion zu, und die Volksstimmung zeigte sich in einer Weise gereizt, die auf nichts Gutes schließen ließ. Allgemein rief man im Volk nach billigen Zeitungen und demonstirte wider das Verbot, nicht so sehr darüber, daß man beim Parliament petitionirte, sondern darüber, daß man Blätter ohne den Bienenwaben-Stempel herausgab und dafür in's Gefängniß wanderte. Der Herzog von Wellington erließ sodann ein Rundschreiben an die verschiedenen kommandirenden Offiziere im Königreich, worin er fragte, ob man sich auf die Truppen gegenüber den Reformbestrebungen verlassen könne; die Antwort darauf lautete ungenügend — oder, so sagt man, Wellington wollte durch hartnäckiges Verwehren jeder Reform eine Krisis erzwingen, indem er bei seiner Weigerung sich auf die zu seiner Verfügung stehende Militärgewalt verließ. Davon war zur Militärgewalt seine Lust nicht nehmen würde, griff immer mehr um sich, und im Stillen bereitete man sich gewissermaßen vor, einem solchen Ereigniß, wie ein Straßenkampf, eventuell zu begegnen.

Eine große Verschwörung bestand nicht. Ich habe wenigstens nie von einer solchen erfahren, dagegen herrschte bei fast allen jungen Leuten,

rasch, zu sehen, wie Morgan, der sein Leben lang (er ist vor mehreren Jahren gestorben) nichts von Marx gehört, in seinem Werk „Ancient Society“, das auf der Arbeit seines ganzen Lebens beruht, eine glänzende Bestätigung der materialistischen Geschichtsauffassung, wie sie von Marx zuerst entwickelt wurde, liefert.“

Aus den Morgan'schen Untersuchungen ergibt sich nun „bis zur Evidenz“, um dieses Lieblingswort des Herrn Fabian zu gebrauchen, daß die Entstehung des Staates in der That zusammenfällt mit der Scheidung der Gesellschaft in Klassen, d. h. in Unterdrückten und Unterdrückten, zu welcher Scheidung wiederum das auf einer ganz bestimmten Stufe der Produktion sich entwickelnde Privateigentum die Veranlassung war. Erst von diesem Moment an entsieht eine von der Gesamtheit der Beteiligten getrennte öffentliche Gewalt — eben der berühmte Staat.

Mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse wechelt auch der Staat seine Formen, aber stets hat er als charakteristisches äußeres Merkmal diese öffentliche Gewalt und zur Voraussetzung den Klassenkampf.

Wenn diesen Thatsachen gegenüber Herr Fabian seine Auffassung als die „ursprüngliche“ und „allein sachentsprechende“ hinstellt, so ist es wirklich befalligend, daß er uns in seiner Beweisführung leider nur von Staaten zu erzählen weiß, denen aus allen möglichen Gründen diese — wir jedes Beispiel vorenthaltend von einem Staat, dem auch nur „ursprünglich“ seine Auffassung zu Grunde gelegen habe.

Freilich sagt er an einer anderen Stelle, daß „erst durch den Kommunismus im Sinne der Sozialdemokratie“ der Staat... „zu der Glorie komme“, die ihm begrifflich von Anfang an innewohnt.“ Er erklärt uns Alles, Herr Fabian ist unter die Metaphysiker gegangen. Er verleihe uns aber, daß wir ihm auf diesem Wege nicht folgen, sondern — da wir von der Philosophie blutwenig verstehen — sprichwörtlich die Erklärung für geschichtliche Vorgänge in den thatsächlichen Verhältnissen zu suchen und nicht in Begriffen, die „von Anfang an“ da waren.

Wenn J. B. Herr Fabian „steht“, wie „das Christenthum durch die Proklamirung des reinen Menschenthums, das dem Alterthum noch nicht aufgegangen war, mit einem Schläge dem „Herr“ und „Knecht“ ein Ende bereite und auch den Staat“ durch Aufnahme der früheren Klassen in denselben, zur Erweiterung brachte“ —

so müssen wir in unserer materialistischen Beschränktheit gestehen, daß wir von Alledem nichts sehen. Das Christenthum hat mit den schönen Dingen, die ihm Herr Fabian nachsagt, absolut nichts zu thun. Weber hat es das reine Menschenthum proklamirt, noch hat es dem „Herr“ und „Knecht“ ein Ende gemacht — von dem „mit einem Schläge“ gar nicht zu reden —, noch war es die Ursache, daß die früheren Klassen in den (ebenen) Staat aufgenommen wurden. Das Christenthum ist entstanden zu einer Zeit, wo das römische Reich unfehlbar war, seinen Bestand zu erhalten, und sich deshalb fortgesetzt gezwungen sah, die Zahl seiner Bürger durch Erleichterung der Sklavenerwerbungen, durch rechtliche Gleichstellung der Provinzialen mit den Bürgern Roms u. zu vergrößern. Das Christenthum nahm die Ideen der damaligen Zeit, die wiederum der Ausdruck waren der herrschenden Klassenkämpfe, in sich auf, aber doch in so vorsichtiger, verkaulter Form, daß noch in diesem Jahrhundert christliche Pfaffen mit der Bibel in der Hand die Sklaverei verteidigen konnten. Die Sklaverei ging zu Grunde, weil das römische Reich von Böllern zerstört wurde, die auf einer Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung standen, wo die antike Sklaverei nicht bestand, noch nicht bestehen konnte.

Wir übergehen vorläufig die weiteren Gesichtsbetrachtungen des Herrn Fabian, lassen ihn am Ende derselben triumphirend ausrufen: „So ist es und nicht anders!“, und wenden uns zu seiner Darstellung des sozialistischen Staates, des von dem „Fluche der Exklusivität“ (der ihm „von Anfang an“ — nicht begrifflich, aber thatsächlich — in allen möglichen Formen anhaftet) befreiten Staates.

Dieser Staat kann nicht ohne Exekutivgewalt sein, denn „mit der Exekutivgewalt geht unabwendbar das Mittel verloren, widerpenfliche oder andersdenkende Individuen, Gruppen oder Minoritäten zu zwingen, sich den Anordnungen und Befehlen der

*) Natürlich ist Morgan's Werk von den Junggelehrten bisher todtgeschwiegen worden, wir können unsern Lesern jedoch die erfreuliche Mittheilung machen, daß schon in allernächster Zeit eine Schrift von Friedrich Engels erscheinen wird, in welcher die Ergebnisse desselben mitgeteilt und ihrer vollen Tragweite nach gewürdigt werden. Die Schrift führt den Titel: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.“ Selbstverständlich wird von ihr neben der Buchhändlerausgabe auch eine für die Arbeiter bestimmte erscheinen.

mit denen ich damals in Verbindung kam, ein großer Eifer für die Reform. Einige von uns lasen die Londoner Tagesjournale, und diese theilten sofort, als die Gelegenheit ersehte, darüber mit, welche Fortschritte die Revolution oder Reform in Europa machte. Ich selbst und ein Duzend Genossen hatten beschlossen, uns in aller Stille zu bewaffnen, und wir führten dies dadurch aus, daß wir uns zu wöchentlichen Beiträgen verpflichteten und Pistolen und Munition kauften. Wir hatten auch gute Stahl-Pfeile, die uns derselbe Mann anfertigte, bei dem wir die Stahlfabrik machen ließen, die wir zu unserer Arbeit brauchten. Wir gehörten zu keiner ausgebreiteten Organisation und trachteten weder das Leben noch das Eigentum irgend Jemandes zu vernichten. Allgemein aber war das Gefühl in den Massen verbreitet, daß die Wächter nicht ohne Blutvergießen nachgeben würden, und da man eine Verneinung der Macht des Volkes für das allgemeine Wohl geboten hielt, so bereiteten sich sehr Viele auf niedrige Weise vor, um nicht, wie bei Waterloo geschah, widerstandslos niedergeworfen zu werden.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1830 begann ein energischer Kampf für eine billige Presse. Das arbeitende Volk brauchte billige Zeitungen und konnte sie nicht erlangen. Das billigste Wochenblatt kostete einen Shilling (50 Pfennig), und das war zu theuer für Arbeiter, die von den Ereignissen so unterrichtet sein wollten, als es zu einer solchen Zeit notwendig ist. Carpenter's „Political Letters and Pamphlets“ war das erste Blatt, welches ungestempelt erschien, und den großen Kampf aufnahm. Dieses Blatt war gut gedruckt, gut geschrieben, und brachte, was ihm ein großes Ansehen gab, 16 Seiten in Quartformat. Man kann es noch hier und da bei den Antiquaren finden, und es lohnt wohl der Mühe, es anzuschaffen. Nachdem es einige Zeit erschienen war, erhoben die Kronbeamten am 14. Mai 1831 Anklage gegen den müthigen und begabten William Carpenter, und nach einer Verhandlung vor dem Lord Lyndhurst und einer Spezialjury, die von 10 Uhr bis nach 1/7 Uhr dauerte, fiel der Entscheid zu Gunsten der Krone aus und Carpenter, den eine schwere Geldstrafe traf, mußte seine ursprüngliche Absicht aufgeben. In der Einleitung zu dem Bericht über seinen Prozeß kündigt er mit folgenden Worten eine Aenderung seines Planes an:

„Meine Leser werden die Nothwendigkeit begreifen, wenn ich sie daran ermahne, daß die Presse, ohne auch nur eine Ausnahme, über das Vorgehen der Schatzkammer mit Stillschweigen hinweggehen ist.“

So wenig Sympathie brachte die Presse jener Zeit den ersten Anstrengungen entgegen, die gemacht wurden, um ihr Leben, Macht und Gewinn zu verschaffen.

Das Blatt indessen, durch welches der große Sieg über die Pressengesetze erkämpft wurde, war der „Poor Man's Guardian“ (Der Beschützer des Armen). Es wurde von Henry Detherington herausgegeben. Auf schlechtem Papier ziemlich primitiv hergestellt, führte er jedoch eine wichtige Sprache und gab weit mehr die in der Masse immer stärker um sich greifende Stimmung wieder. Auch hier begannen die Kronbeamten bald einzuschreiten. Einige wenige Probenummern wurden gewissermaßen als ein Art Schamäuel ausgegeben; die ersten derselben erschien am 26. Oktober 1830, und in der Ecke auf der ersten Seite, wo gewöhnlich der Stempel der Regierung aufgedruckt wurde, sah man eine Druckerprelle mit dem Motto: „Wissen ist Macht.“

Als der „Poor Man's Guardian“ regelmäßig herauskam, veröffentlichte er in Nr. 4 vom Juli folgende Notiz als Anzeige: „Es werden gesucht: Ein Hundert armer Leute ohne Arbeit, die nichts zu verdienen haben, einige jener Unglücklichen, denen die von einer tyrannischen Regierung verurtheilte Noth das Gefühl eines wünschenswerthen Heim gemacht hat. Ein ehrenhaftes und moralisches

Majorität zu fügen, diese Anordnungen und Befehle verlieren also den Charakter der Ausschließlichkeit, ihrer Wesenheit, weshalb sie ganz aus der nicht mit Exekutivgewalt ausgestatteten Gesellschaft schwinden.“

„Ausschließlichkeit heißt, wenn uns unser Gedächtniß nicht täuscht, auf lateinische Exklusivität, es heißt also, daß selbst der reine, ungetrübte Staat des Herrn Fabian nicht ganz frei ist von dem oben erwähnten „Fluche“. O der verfluchte Fluch! wie Siebel in der Operette klagt.

„Mit der Aufrechterhaltung des Staates selbst“, meint Herr Fabian alsdann, „ist auch das Weiterbestehen der politischen Gewalt und politischer Einrichtungen bedingt. Diese Nothwendigkeit des Fortbestehens, des Regierens über Personen seitens des Staates bringt für dieses das weitere charakteristische Merkmal zur Erkenntniß, daß die unter seinem Begriffe (!) kooperirenden Individuen nicht gleich, sondern ungleich sind, wie denn schon in dem Begriffe des Individuellen an und für sich die Unterschiedlichkeit festgelegt ist und überhaupt alle Entwicklung in der Heranbildung des Individuellen aus der Allgemeinheit beruht.“

Vergleichen wir den so geschützten Staat, der Minoritäten zwingt, den Anordnungen der Exekutivgewalt sich zu fügen, mit dem Staat, welchen Herr Fabian am Ende seiner weltgeschichtlichen Skizze uns in Aussicht stellt. Da wird

„durch die faktische Gleichstellung der Bürger, hinsichtlich der äußersten (gesellschaftlichen) Voraussetzungen einer rein individuell entwickelten Entwicklung, der Staat wirklich erlöst von dem Fluche (schon wieder der Fluch!) der Exklusivität und er wird auch praktisch das, was er theoretisch bedeutet, die Personifizirung der freien Gemeinlichkeit, die gesellschaftliche Organisation rechtlich gleichstehender Individuen, zu Schutz und zu Trutz und zur Gewinnung der Mittel, zwecks Verwirklichung einer freien Individualität.“

Von zwei Dingen eins. Entweder ist das Endziel der Entwicklung die freie Individualität in der freien Gemeinlichkeit — wie Herr Fabian diese titulirt, ist wirklich höchst gleichgültig, auf die Sache kommt es an —, und dann wissen wir nicht, wie er diese schönen Dinge mit seiner „politischen Gewalt“, mit der „Nothwendigkeit des Regierens über Personen“ vereinbaren will, oder aber es besteht in einem sozialistischen Idealstaat, der des Herrschens nicht entbehren kann, und dann kann von freier Gemeinlichkeit, wenn dieses Wort einen Sinn haben soll, keine Rede sein.

Und nun gestatten Sie uns, verehrter Herr Fabian, die Worte zu wiederholen, mit denen wir unsere Auseinandersetzungen schlossen, die Ihren Zorn gegen uns herausbeschworen haben.

Dieselben lauteten:

„Ist es aber nicht bedenklich, schon heute darauf hinzuweisen, daß einmal, wenn „im Laufe der Entwicklung“ die Klassenunterschiede verschwinden sind — was beinahe nicht von heute auf morgen geschieht — auch der Staat verschwinden wird? Muß das nicht auf unsere heutige praktische Agitation vermindern wirken?“

Keineswegs. Es kann nur von Nothwendigkeit sein. Wir lernen dadurch den Staat besser beurtheilen und unsere Stellung zu ihm richtig bemessen. Er hört damit auf, jener widerliche, anbetungswürdige Dämon zu sein, als welchen ihn uns die Sticker, Wagner und Konsorten gern hinstellen wollen, er ist aber auch nicht jener Popanz, als welcher er von den Anarchisten verschrien wird.“

Wir haben Alles in Allem dem Neuen ausgesprochen noch Ansichten entwickelt, die bisher in unserer Parteiliteratur unerhört waren. Wir haben einfach den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung dargestellt, wie er uns und Anderen wahrscheinlich erscheint. Dieses Verbrechen gilt Ihnen so groß, daß Sie, wie gesagt, das politische Einschreiten der Partei gegen uns verlangen. Wir würden uns einer sträflichen Unterstellung schuldig machen, wenn wir unsern Lesern diese Ihre Aufforderung zum Einschreiten vorenthalten wollten. Sie sei als warnendes Exempel hier mit zu Ruh und Frommen löblicher Allgemeinheit tiefer gehängt:

„Was man einzelnen Schriftstellern nicht verbieten kann, das kann und muß man aber sehr wohl einem Zentralorgan der Partei verbieten. Es stellt sich damit außerhalb des Parteiprogramms und außerhalb der Parteizensur, und es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn in der That die Partei selbst in ein allgemeines Wanken zu gerathen droht. (Du!) Der Partei selbst ist demgegenüber in ganz energischer Weise in's Gewissen zu reden, daß sie das nicht dulde — und wenn sie es nun doch dulden will, nun, dann nur zu! Neue Elemente werden sich dann an die Spitze der Bewegung schwingen, die glücklicherweise schon zu tief in's Volk gedrungen ist, um durch nichtswürdige Führer auf die Dauer irregeleitet werden zu können, und diese neuen Elemente werden das begonnene Werk dann über die Köpfe der Abspitzer hinweg zu einem ruhmvollen Ende führen.“

Mittel, gutes Geld und Obdach zu erlangen und außerdem den Dank ihrer Landsleute zu ernten, bietet sich jetzt solchen patriotischen Engländern, welche dem gefährlichsten Gesetze, der gefährlichsten Tyrannei, die einen verfluchten und unterdrückten Volke auferlegt wurden, zum Trost den „ruhen und Unwissenheit den „Poor Man's Guardian“ verkaufen wollen.“

„In Wochenblatt für das Volk, welches entgegen dem Gesetz veröffentlicht wird, um die Gewalt der Macht über das Recht zu bekämpfen. NB. Eine Sammlung ist eröffnet zur Unterstützung und Beilegung aller der Personen, die Opfer der Whig-Tyrannei werden sollten.“

Der „Poor Man's Guardian“ wurde stark gelesen und besaß unter der Bevölkerung der Industriebezirke sehr bedeutenden Einfluß. Ganz besonders weil er außer seiner ungeschwammten Sprache die Berichte über die Versammlungen der „National Union der arbeitenden Klassen und deren Genossen“ brachte, einer thätigen und starken Verbindung, die nicht leicht einzuschüchtern und vorbereitete war, Alles zu thun, was notwendig erschien, um die alte korrupte und harnidige Klasse zu stürzen, unter deren Mißregierung das Land litt. Auch in die Kajernen wurde das Blatt eingeschmuggelt, um unter den Soldaten Freunde für die Volkssache zu gewinnen. Zwei Soldaten — Somerville und Simonds — wurden einstweilen durchgepeitscht.

Neben dieser lebhaften und aufreizenden Agitation außerhalb des Parlaments begann ein erbitterter Kampf innerhalb desselben, Debatten heftiger Art sahen statt, Austritte erfolgten zu Gunsten der Bill und gegen dieselbe, einmal im Hause der Lords, das nächste Mal im Unterhaus. Dann erfolgte die Auflösung und die wilde Jagd einer Neuwahl, und immer mehr stieg die Befürchtung, daß das Land mit schnellen Schritten einem Bürgerkrieg entgegenstünde. Zwei Ereignisse von größter Bedeutung, die beweisen, daß die Furcht nicht unbegründet war, seien hier erwähnt.

In Bristol fanden Tumulte ernsthafter Art statt, über deren politischen Charakter kein Zweifel möglich war. Auch die Niederbrennung des Schlosses von Nottingham und andere Brände waren eine Folge der Reformbewegung.

Nach beizugehender war die Art, wie der Entscheid, der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen, von einem Einzelnen ausgehen, in der That öffentlich anempfohlen wurde. Oberst Maccrone, seinerzeit Adjutant Murat's, des Königs von Neapel, schrieb ein Werk, welches Vertheidigungsvorschläge für das Volk bei Straßenkämpfen enthielt. Ob dies Buch mit Rücksicht auf die Lage in England oder auf die allüberall in Europa sich ankündigenden Kämpfe geschrieben wurde, weiß ich nicht, glaubt aber annehmen zu dürfen, daß es speziell mehr für die Bevölkerung der Städte des Festlands berechnet war. Wie dem nun auch sein mag, eine am 11. April 1832 erschienene Beilage des „Poor Man's Guardian“ gab auf acht Seiten Instruktionen über die Waffen, die Strategie und die beste Methode des Straßenkampfes, in denen die Kunst und Praktizirung desselben klar und einmütig dargestellt wurden, erläutert durch Holzschnitte. Diese Instruktion wurde mit folgenden Worten eingeleitet: „Der da eine Börse hat, mag sie nehmen, oder auch seinen Beutel; und der kein Schwert hat, verkaufe sein Gemuth und laufe eines. — Kaufe Dir ein Schwert und sei es von Betten gemacht.“ Auch die Ueberschriften der verschiedenen Abschnitte waren charakteristisch: „Aber die Art, wie man ein Haus, eine Kirche, ein öffentliches Gebäude vertheidigt.“ „Ueber die Art, ein Dorf oder eine Stadt zu vertheidigen.“ „Bewegliche Barricaden.“ Die verschiedenen Abschnitte gingen bis in die Details; die Barricaden, die Art, die man Kanallärten und dem Vorbringen der Infanterie Widerstand leistet, und dergleichen, was hier nicht weiter erwähnt zu werden braucht.

*) Der „Sieger von Waterloo“, ein Reaktions- supidesther Staat. Die Reb.

Denn wir fallen, so fallen wir wenigstens in guter Gesellschaft. Die nichtwählenden Führer, die „Kopisten“ nämlich sind keine geringeren als Marx (leider schon todt), Engels und Bebel. Ihr Schicksal theilen ist mit Vergnügen bereit

der gehorsamst Unterzeichnete
Leo.

An unsere Parteigenossen im Ausland.

Vorausichtlich finden die Neuwahlen zum deutschen Reichstag in der Mitte des Oktober statt. Um nun einen genaueren Ueberblick über die verfügbaren Mittel zu bekommen, bitten wir, die Erträgnisse dieser Sammlungen bis spätestens Ende dieses Monats in unsere Hände gelangen zu lassen.

Die Sammlungen sind aber mit diesem Tage keineswegs abgeschlossen, denn da es voraussichtlich zu einer größeren Zahl von weiteren Wahlen mit unseren Parteikandidaten kommt, sind weitere Mittel recht nöthig.

Unsere Parteigenossen in Deutschland sind überall flott an der Arbeit, zu organisiren und vorzubereiten, die Stimmung ist vortreflich, und so kann die Partei gekostet Raths dem Wahlkampf entgegengehen.

Höttingen, Zürich, 1. September 1884.

Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 2. September 1884.

Zu den Wahlen. Durch das Schweigen und die scheinbare Unthätigkeit der Regierung darf man sich nicht in Sorglosigkeit stürzen lassen. Bismarck will überraschen — das ist so seine Gewohnheit, wie es wackelt die Gewohnheit seines Lehrmeisters Bonaparte war — das Ueberraschen gehört zum Regierungsapparat der kaiserlichen Staats- und Handreich-Politik. Wenn die nöthigen Vorbereitungen getroffen sind, kann schon binnen vier Wochen und etlichen Tagen nach erfolgter Bekanntmachung die Wahl stattfinden. Das Mandat des gegenwärtigen Reichstages geht bekanntlich bis zum 27. Oktober d. J. Die Reichsverfassung schreibt keinen Termin für die Wahl vor. Also die Reichsverfassung schreibt keinen Termin für die Wahl vor. Also die Reichsverfassung schreibt keinen Termin für die Wahl vor.

Eine weitere, jedoch indirekte Bestimmung enthält die Reichsverfassung, insofern, als sie die alljährliche Feststellung des Etats vorschreibt, welche Feststellung vor Beginn des Etatsjahres (1. April) stattfinden hat. Hieraus erhellt, daß Bismarck, wenn es ihm in dem Kram paßt, die Wahlen bis zu Ende des nächsten Jahres hinauszuschieben kann, so daß der Reichstag dann — wie das schon mehrmals der Fall war — Anfangs Februar zusammenzutreten würde, und bis zum 31. März seine Staatsarbeiten zu beendigen hätte.

Auf der anderen Seite ist Bismarck die Möglichkeit geboten, die Wahlen innerhalb der angegebenen Fristen zu überstürzen. Beschränkt ist dies durch § 8 des Reichstagswahlgesetzes, welcher lautet:

„In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welchen die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden.“

Die Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszuliegen und ist Einspruchfrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprüche gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen. An diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Bei einzelnen Neuwahlen, welche innerhalb eines Jahres nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, bedarf es einer neuen Aufstellung und Auslegung der Wahllisten nicht.“

Wir haben diesen wichtigen Paragraphen seinem ganzen Wortlaut nach mitgetheilt, weil er jedem Parteigenossen jetzt vor den Wahlen geläufig sein muß. Aus dem Beginn des zweiten Absatzes erhellt, daß zwischen dem Wahltag und der Auslegung der Wahllisten eine Frist von mindestens vier Wochen liegen muß. In diesen vier Wochen, in die Bismarck gebunden ist, würden mindestens fünf bis acht Tage zu den Aufnahmen, welche nöthig sind, um den die Neuwahlen anzuordnenden Beschluß bekannt zu machen und den Gemeindebehörden Zeit zur Anbringung des Auslegung der Wahllisten zu geben.

Wenn Bismarck also heute, wo wir das schreiben — 29. August — die Neuwahlen anordnen wollte, so könnte er diese schon in der ersten Woche des Oktobers stattfinden lassen.

Man wendet vielleicht ein: aber die Aufstellung der Wahllisten nimmt eine längere Zeit in Anspruch — gut drei bis vier Wochen — und diese Zeit muß jenen vier Wochen hinzugefügt werden, so daß wir also eine Gesamtfrist von acht Wochen erhalten.

Unter normalen Verhältnissen würde diese Berechnung auch zutreffen, allein wir haben keine normalen Verhältnisse, und wenn die Reichsregierung überraschen und überraschen will, kann sie die Herstellung der Wahllisten schon vor Bekanntmachung des Wahltags vornehmen lassen. Und bereits vor sechs oder sieben Wochen war in verschiedenen Zeitungen zu lesen, es sei den Gemeindebehörden die Aufstellung der Wahllisten sofort in die Hand zu nehmen, damit, wenn die Wahlzeit herankomme, kein unnöthiger Aufschub eintreffe.

Also lasse man sich nicht überraschen! Erwünscht sei nur noch, daß, falls die Neuwahl vor dem 27. Oktober stattfinden soll, die Aufhebung des gegenwärtigen Reichstages zu erfolgen hat.

Wenn man den gegnerischen Zeitungen trauen dürfte, wären in einigen Wahlkreisen, z. B. in Würzburg, unsere Parteigenossen im Zweifel, wie sie sich bei den Wahlen verhalten sollen, ob sie mit eigenen Kandidaten hervortreten, oder sich auf Kompromisse mit der sogenannten Volkspartei einlassen sollen.

Leider sind bei den Wahlen im Jahre 1881 mehrfach solche Kompromisse vorgekommen, allein wiederum sind dieselben durch den koppenhagener Kongreßbeschluß einfach unmöglich gemacht.

Dieser lautet klar und bestimmt: „Zur ersten Wahl stellt die Partei überall selbständig Kandidaten auf. Ein Kompromiß oder ein Zusammengehen mit anderen Parteien darf nirgends stattfinden.“

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Es würden also Parteigenossen, die diesem Beschluß zuwiderhandeln, einen schweren Verstoß gegen die Parteidisziplin begehen, der eventuell ihren Ausschluß aus der Partei zur Folge haben könnte.

Du sollst nicht stehen. In Eiberfeld brach am 27. August der Polizeikommissar Gottschalk bei einem Goldarbeiter ein und nahm denselben über hundert Reballen mit dem Bildnisse Ferdinands Lassalle's fort — natürlich, im Namen des Königs.“

Wir empfinden unseren Genossen in Eiberfeld, Separatabbrüche des nachgerade in Bergessenheit gerathenen siebenten Gebotes in genügender Anzahl anfertigen zu lassen, um dieselben entweder unentgeltlich zu vertheilen oder auch — einen etwaigen Ueberfluß könnte man ja zu Wohlthätigkeitszwecken verwenden — zu verkaufen.

im Kerker- oder Arbeitshaus Verbrechen begehen, um ins Zuchthaus übergeführt zu werden.

Heute liegt uns ein drastischer Beitrag zu diesem Thema aus England vor. Nach dem Plane des Southwark-Armenhauses empfängt dort internirte Arme wöchentlich nur 84 Unzen Brod, während der überführte Verbrecher 164 Unzen Brod pro Woche empfängt; und Alles in Allem erhält der Arme in genanntem Armenhaus 166 Unzen fester Nahrung, der Gefangene im Kerker 260 Unzen. Da man den Gefangenen zweifelhafte nur das absolut Nothwendige gewährt, so scheint nach Allem der Muth an Verbrechen zu sein, auf welches unter allen Umständen der Hungertod — im günstigsten Falle der langsame — gesetzt ist —

„Denn ein Recht zum Leben, Lump, Haben wir, die etwas haben.“

Ueber eine großartige Laffalle-Feyer, welche die Berliner Arbeitervereine am letzten Sonntag in Grünau bei Köpenick veranstalteten, berichtet die Berliner „Volkzeitung“:

„Etwa 2000 Personen hatten sich gegen 2 Uhr Mittags im „Kaiser Wilhelms-Garten“ zusammengefunden, die Mehrzahl der Vereine hatte den um 1 Uhr Mittags vom Ostlicher Bahnhof abgehenden Zug benützt. Es waren dies die Arbeiter-Bezirksvereine des Westens, Südwestens, des 15. und 20. Kommunalwahlbezirks, des Vossensiedlichen Bezirksvereins Bornharts, und der Arbeiter-Bezirksverein des Wedding. Die Arbeiter-Bezirksvereine des Kaufinger Platzes und Gluckauf hatten sich schon früh Morgens auf den Weg gemacht; ersterer unter Mitnahme eines Transparenzes, in Form einer mächtigen Stadlaterne mit der Vereins-Firma, und eines sehr hübsch modellirten „goldenen Kalbes“. Den Weg über Köpenick hatten die Arbeiter-Bezirksvereine des Ostens, der Rosenhaler Vorstadt und der Schönhauser Vorstadt gewählt. Vom Kneipensplatz aus marschirte die Menge, unter Mitnahme von drei halben Tonnen Bier, in drei großen geschlossenen Zügen dem nahen Walde zu. Jedem Zuge wurde eine primitive Fahne von starkem Papppapier vorangetragen; auf der ersten befand sich die Inschrift: „Warnung vor Spiegeln“. Großen Fäden und ähnliche Gegenstände bildeten die Instrumente für die Marschmusik, während aus einigen tausend Reihlen die Audorsche Marschlaie: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet“ erklang. Der Amisvorsitzer von Adlershof, Baron von Oppen, mit seinem Amtsdienere und zwei Gendarmen gaben dem Zuge das Geleite. Etwa 200 Personen hatten sich unterdessen nach dem jenseitigen, waldbegrenzten Ufer überlassen lassen, und bald darauf flatterte von dem Gipfel des höchsten Baumes eine mächtige blutrothe Fahne mit der goldenen Inschrift: „Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit“, weithin sichtbar. Von 6 Uhr Abends lehrte die Menge aus dem Walde in derselben Ordnung und ebenfalls wieder unter dem Geleite der Marschlaie zum „Kaiser Wilhelms-Garten“ zurück. Bloslich ertönte der Ruf: „Sie kommt, sie kommt“, und in überstürzender Hast drängte Alles dem Ufer zu, auch die Männer der öffentlichen Ordnung. Sie konnten gerade noch sehen, wie die blutrothe Fahne, die wohl an drei Meter Länge haben mochte, in dem ersten der sechs langen Boote eingeschifft wurde und nun wie ein schwellendes Segel im Winde sich blähte. Langsam glitten die Boote stromabwärts, begleitet von den dräuenden Nachrufen der Menge, und flammten dann den Strom schräg durchschneidend dem diesseitigen Ufer zu. Die Polizei drängte vor. „Fahne versenken!“ erklang es aus mehreren Reihlen, und blöthig war dieselbe verschlungen. Wie wir nachträglich hörten, hat ihr Träger sie aber keineswegs dem nassen Elemente übergeben, sondern durch die Menge unbedeckt hindurchgeführt. Kurz vor 8 Uhr wurde unter dem Geleite der Marschlaie das jenseitige Ufer durch bengalisches Feuer erhellt, eine lebende Gruppe, um ein Banner geschaart, wurde sichtbar, und damit war der Schluß des sozialdemokratischen Festes eingetreten. Um 9 Uhr befanden sich die Teilnehmer schon wieder in Berlin.“

Kann man die Weisheit der Bismarckschen Polizeigesetze wirksamer in ihrer Abwehrheit nachweisen, als es hier geschieht? Von den Tausenden, die sich an der Demonstration betheiligt, war jeder Einzelne darauf gefaßt, von einem Spiebel notirt, denunzirt oder hinterher ausgewiesen zu werden. Und wie sie sich kurzlos dieser Gefahr — die für Viele noch schlimmeres heißt als Gefängniß — aussetzten, so würden sie auch ohne Zahlern noch mehr auf das Spiel setzen, wenn das Interesse der Arbeitersache es erforderte. Hielten die Sozialisten Berlins ein Attentat auf den alten Wilhelm wirklich für geboten, so würde derselbe längst das Zeitliche gesegnet haben — trotz seines „Zurfels“, der ihm neulich wieder einmal beim Ausreiten so wunderbar zu fassen kam. Nicht das Sozialistengesetz, nicht der kleine Belagerungszustand schützt ihn und seine Bismarcks und Babas's, sondern die politische Einsicht und — die Gutmüthigkeit der Berliner Arbeiter.

Dieses aber rufen wir zu ihrer wohlgezielten Demonstration ein herzlich Bravo zu. Mögen sich die Genossen der nichtbelagerten Orte an ihnen ein Beispiel nehmen!

Der Prozeß Reinsdorf, schreibt man uns, ist zur See- schlarve der deutschen Zeitungen geworden. Wer und was Reinsdorf ist, das brauchen wir uns setzen nicht zu sagen. Die Genossen wissen, daß er, seit seinem Auftauchen in der Öffentlichkeit (denn für Öffentlichkeit seiner Worte im hiesigen Lande sorgte er stets) den Verdacht auf sich gelenkt hat, ein Spiebel und Agent pronotatur zu sein; sie wissen, daß die Polizei ihn in der auffälligsten Weise geschnitten hat; sie wissen, daß er wegen christler Hand'ung verurtheilt worden ist; sie wissen endlich, daß er absolut keinen Anhang gehabt hat und keinen hat. Einen solchen Menschen zu einem großen politischen Verbrecher auszuweisen, ist nicht leicht, es muß aber geschehen. Und da das Leipziger Reichsgericht bei aller Leistungsfähigkeit in dieser Beziehung aus der Mäule Reinsdorf doch keinen richtigen Revolutionssephenen machen kann, so muß die Presse herhalten, um durch fortwährende Aufstellungen ungeheuerlicher Nachrichten über den Attentat Reinsdorf und seinen Prozeß die Phantastie des Publikums beschäftigten, damit der traurigen Patron allmählich zu einem mythischen Helben, zum Mittelpunkt eines traurigen Sagenkreises wird. Czar Nikolaus, der das Lügen mit Methode betrieb und durch seine Agenten betrieben ließ, pflegte zu sagen: „Ein Armeekorps auf dem Papier ist ebenso gut wie eins von Fleisch und Blut — es thut dieselbe Wirkung.“ Unsere Professoren und deren Kommandanten denken offenbar ähnlich wie „Bäterschen“ Nikolaus; sie meinen: Ein Dynamitbeil auf dem Papier ist ebenso gut wie einer von Fleisch und Blut — er thut dieselbe Wirkung.“ Und da wird denn mordsmäßig gelogen, wie weitland in Sachen Kobling's, so daß den deutschen Hüpfen ein Grausen überläuft, wenn er den Namen Reinsdorf hört. Und weiter hat's ja keinen Zweck. Ohne den Bauwan können unsere vertrauten Staatsmänner das Regierungsgeschäft nicht mehr fortsetzen. Der Schwindel ist zur Regierung gelangt, und so mußte folgerichtig das Regieren zum Schwindel werden.

Den Nationalliberalen ist die Berliner Polizei liberal! Das ist das Neueste im Kapital nationalliberaler Verkommenheit. Daß die Berliner Polizei Sozialdemokraten erlaubt hat, in Volkssammlungen sozialdemokratische Kandidaten zu proklamiren, wird von den Parteiorganen der Nationalliberalen für eine „unloyale“ Handhabung des Sozialistengesetzes erklärt. Die Fortschrittler, die sich unter Umständen auch sehr gern hinter die Polizei verdeden und sich über die milde Praxis bei Gelegenheit der Stadtverordnetenwahlen arg entriesteten und beschwerten, waren wenigstens so klug gewesen, zu betheuern, daß es bloß die Ungleichheit in der Handhabung der Sozialistengesetzes sei, was ihr sittliches Gefühl verletzt. Die Herren Nationalliberalen sind aber darüber hinaus, sich noch zu schämen und der Lugend — wir denken da an die famose französische Definition*) — den Tribut der Heuchelei zu zahlen, — sie heben mit der Scham wie mit allen Prinzipien gebrochen und die niederträchtige Dreieinigkeit des nackten Egoismus, der bloßen Angst und der kriechenden Knechtlichkeit zu ihrem einzigen Zielernern erwählt.

Rebrigens müssen wir das unfreiwillige Lob, welches die Nationalliberalen der Berliner Polizei spenden, für durchaus unverdient erklären. Die Berliner Polizei erlaubt nämlich die Proklamirung sozialdemokratischer Kandidaten nur in denjenigen Wahlkreisen, an deren Erwerbung die Herren Regierungsreaktionäre aller Schattirungen verzweifeln. In sechs Wahlkreisen dagegen, wo sie ihren Kandidaten durchzubringen hoffen, — freilich eine sehr kühne Hoffnung! — löst die Po-

*) „Die Heuchelei ist der Tribut, den das Laster der Tugend zahlt.“

izei nach wie vor jede Verammlung auf, sobald der Name des Kandidaten (Sageneleber) genannt wird.

Und ist es etwa „milde Praxis“, daß die Ausweisungen auf Grund des „Kleinen“ wieder begonnen haben, so daß Jeder, der für eine sozialdemokratische Kandidatur wirkt, der Ausweisung, das heißt der Vernichtung seiner Existenz gewärtig sein muß?

Um es den Herren Nationalliberalen recht zu machen, müßte die Berliner Polizei den Sozialdemokraten das „Wählen“ und alle zum Wählen gehörigen Handlungen einfach verbieten. Nun, wir wollen's uns merken, verschieren aber gleichzeitig den Herren Nationalliberalen, daß sie in unserer Achtung nicht gesunken sind, und daß die Berliner Polizei, hätte sie ihnen den Willen, in unserer Achtung nicht verlieren würde. Es gibt keine Ausweisungen, und folglich auch keine Entzerrungen oder Abminderungen des Nichts.

Von allen Ordnungsparteien ist zuerst die deutschkonservative mit ihrem Wahlauftritt herausgerückt. Das ist auch ein Zeichen, daß der Wahltermin nahe vor der Thür steht, denn die Herren befinden sich bekanntlich in enger Fühlung mit Bismarck und wissen also, was in Berlin die Mode geschlagen.

Ueber den Auftrieb selbst ist eigentlich kaum ein Wort zu verlieren. Die Partei des feudalen Kapitals steht in jeder Beziehung den Bestrebungen der Arbeiterklasse so schroff gegenüber, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, daß ein klassenbewußter Arbeiter für ihre Kandidaten stimmt. Das wissen die Herren selbst sehr gut, und so erklären sie sich denn mit erfreulicher Offenheit für die Verlängerung des Sozialistengesetzes, bis — nun, bis sie die Arbeiter durch die famosen Versicherungsgesetze und die korporative Organisation der „realen“ Kräfte des christlichen Volkslebens“ wieder zu Horigen herabgedrückt, ihnen jede freie Bewegung unmöglich gemacht haben. Das und nichts anderes bedeutet es, wenn sie erklären:

„Zur Aufrechterhaltung des innern Friedens gegenüber den Ausschreitungen einer vaterlandslosen, anarchischen Sozialdemokratie, welche den gewaltsamen Umsturz der gesammten bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung anstrebt, sind der Regierung in dem Sozialistengesetze außerordentliche Vollmachten verliehen. Auch über die Verlängerung dieses Gesetzes wird der neuwählende Reichstag voraussichtlich zu beschließen haben. Die deutschkonservative Partei, so sehr sie die Notwendigkeit einer Ausnahmegesetzgebung beklagt, wird bereit sein, der Regierung die jetzt gewährten Vollmachten so lange auch ferner zu bewilligen, bis durch die heilsame Wirkung der Sozialreform die Sicherheit gewonnen sein wird, daß die verderblichen Lehren der Sozialdemokratie in der großen Masse der Arbeiter keinen Boden mehr finden.“

Darauf fällt kein Arbeiter hinein.

Hauptächlich ist es vielmehr auf die Stimmen der Handwerker und der Bauern abgesehen. Den ersteren wird der Junftfrei und's Kauf geschmeiert, den Bauern dagegen versprochen, daß es „eine hervorragende Aufgabe sein wird, die Interessen der Landwirthschaft zu schützen, welche unter den bestehenden Verhältnissen des Verfalls und der Einfuhr empfindlich leidet, während doch gerade ihre Förderung für das ganze wirtschaftliche Leben der Nation von ausschlaggebender Bedeutung ist.“

Mit andern Worten heißt das Erhöhung der Getreidesteuern, oder, da Deutschland bei Weitem nicht genug Getreide für seine Bevölkerung produziert: Vertheuerung des Brodes. Welche „Landwirth“ dabei profitieren, haben wir des Lesers nachgewiesen; die Herren Großgrundbesitzer, die mit „Steuern des Staates und der Kommunen“ schwer belastet sind. Dagegen: Vertheuerung des „mobilen Kapitals“, und insbesondere der Vorsorgegeschäfte. Das ist der Speck, mit dem die Mäuse gefangen werden sollen.

Diese Broden mögen genügen; uns weiter mit dem konservativen Nachwerk zu beschäftigen, hiesse unsere Leser beleidigen.

„Freiheit, die ich meine.“ „Revolte“ veröffentlicht in seiner neuesten Nummer eine Einleitung der deutschen Section der Anarchisten in London, welche — wie die Einseher bemerken — „der Genosse Koff in der „Freiheit“ nicht veröffentlicht und so tyrannisch die Meinung Anderer unterdrückt hat.“

Da haben wir die Anarchie von ihrer schönsten Seite. „Nur keine Parteidisziplin“, „nur keine feste Organisation“, — damit derjenige, der zufällig das Blatt in Händen hat, nach Belieben damit schalten und walten und jede andere Meinung tyrannisch unterdrücken kann. Wie der tapfere Hans unter solchen Umständen vorgehen würde, war für die, welche ihn kennen, vorauszusetzen. Keine intolleranteren, herrschsüchtigeren Menschen als die sogenannten Anti-Autoritären „Hänschen's „Freiheit“ ist ein würdiges Seitenstück zu Dühring's „Freier Akademie“ seligen Andenkens.

Sehr großmüthig. Ein Herr Jerusalem, trotz des femitischen Namens geborner und erzogener Antisemit, wohnhaft in Leipzig und nationalliberaler Reichstagskandidat in partibus, hielt neulich eine staatsmännliche Kandidatenrede (Staatsmänner sind sie ja alle, die Herren Nationalliberalen). Nachdem er bei dieser Gelegenheit über alles Mögliche und Unmögliche geredet, kam er auch auf das Sozialistengesetz zu sprechen und gab darüber Folgendes zum Besten: „Das Sozialistengesetz ist ungewisshafte eine bedauerliche Ausnahmemahregele, allein der Staat und die Gesellschaft befinden sich im Stande der Nothwehr und mußten der ihnen den Untergang drohenden sozialdemokratischen Agitation Josseln anlegen. Wie jede Ausnahmemahregele soll und kann auch diese nur eine vorübergehende Dauer haben. Je eher sie zurückgenommen wird, desto besser — das scheue ich nicht zu sagen. Und ich erkläre weiter: Das Sozialistengesetz muß abgeschafft werden, sobald die sozialdemokratische Partei auf die Agitation verzichtet.“

Wohl gemerkt: sobald die sozialdemokratische Partei „auf die Agitation verzichtet“. Von „gemeinschaftlichen Bestrebungen“ und „friedensfördernder Agitation“ kein Wort. Die Klasse ist in der Hitze des Gefechts abgefallen, und die Blätter, welche den Bericht abdrucken, finden gar nichts zu bemerken; die Agitation schlegtweg soll und verbotten sein. Jede andere Partei darf agitiiren, die Sozialdemokratie ist unter das Ausnahmegesetz zu stellen, wenn nur, so lange sie agitiirt. Man sieht, wie recht unsere Abgeordneten hatten, als sie bei Beratung des Sozialistengesetzes erklärten, dasselbe richte sich nicht gegen sogenannte „Ausschreitungen“, sondern gegen das Wesen, gegen die Existenz unserer Partei. Denn ohne Agitation kann keine Partei bestehen. Damals wurde mit stütlichem Pathos gegen diese Auffassung protestirt — heute findet man sie ganz selbstverständlich.

Wir halten es für notwendig, derartige Auslassungen, wie die des Herrn Jerusalem, festzunageln, weil es von Wichtigkeit ist, in Bezug auf das Sozialistengesetz alle Illusionen zu zerstören. Wie der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert, so ist der Weg zu politischem Presto und zu Niederlagen mit Illusionen gepflastert. Unsere Partei muß wissen, daß sie vom heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft keine gesetzliche Anerkennung zu erwarten hat; und sie muß sich bemühen sein, daß sie durch ihre Bekämpfung des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft das sogenannte „Recht“ auf solche gesetzliche Anerkennung verwirkt hat. Nur unter zwei Voraussetzungen könnte uns diese Anerkennung werden. Einmal, wenn der heutige Staat und die heutige Gesellschaft unsere Partei nicht ernst nähmen, nicht glaubten, durch sie bedroht zu sein. Oder aber, wenn der Staat und die Gesellschaft sich auf einen idealen Standpunkt erheben, von dem aus sie allen Parteien gleiche Existenzberechtigung, gleiche Bewegungsfreiheit zu gewähren hätten. Für jene demüthigende Duldung ist unsere Partei aber zu stark geworden, und diesen idealen Standpunkt können wir doch von dem heutigen Klassenstaat und der heutigen Ausbeutungs- und Ausbeutergesellschaft nicht erwarten.

Wir sind eine revolutionäre Partei, zwar nicht „revolutionär“ in dem bekannten Polizeisinn, aber darum nur um so gefährlicher, und die Konsequenzen dieser Thatfache haben wir hinzunehmen. Ziehen wir bei den Konsequenzen nicht, so ist der Weg zu politischem Presto und zu Niederlagen mit Illusionen gepflastert. Unsere Partei muß wissen, daß sie vom heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft keine gesetzliche Anerkennung zu erwarten hat; und sie muß sich bemühen sein, daß sie durch ihre Bekämpfung des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft das sogenannte „Recht“ auf solche gesetzliche Anerkennung verwirkt hat.

Wir sind eine revolutionäre Partei, zwar nicht „revolutionär“ in dem bekannten Polizeisinn, aber darum nur um so gefährlicher, und die Konsequenzen dieser Thatfache haben wir hinzunehmen. Ziehen wir bei den Konsequenzen nicht, so ist der Weg zu politischem Presto und zu Niederlagen mit Illusionen gepflastert. Unsere Partei muß wissen, daß sie vom heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft keine gesetzliche Anerkennung zu erwarten hat; und sie muß sich bemühen sein, daß sie durch ihre Bekämpfung des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaft das sogenannte „Recht“ auf solche gesetzliche Anerkennung verwirkt hat.

Der reaktionäre Polizei- und Junkerstaat hat die Waffe des Sozialistengesetzes geschmiedet, der liberale Bourgeoisstaat der Jerusalem und Konsorten würde die Waffe nicht zerbrechen, sondern sie mit noch größerem

Angst-Güter, wenn auch natürlich nicht mit bestem Erfolg, handhaben, als der Polizei- und Junkerstaat.

Und das ist natürlich und selbstverständlich.

In Sachen Rittinghausen's und des Solinger Wahlkreises. Die lokale Parteileitung hat über die zentrale Parteileitung triumphiert, meldet stolz und die gegnerische Presse und erzählt, Herr Rittinghausen sei, nachdem er dem „Lokalwahlkomitee“ die Geschichte seines „Streites“ mit der Parteileitung und Höchstabsicht auseinandergelegt und die Erklärung abgegeben, daß er noch wie vor auf dem Boden des Parteiprogramms stehe, einstimmig als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt worden. Und hübsch knüpfen die gegnerischen Blätter an diesen Bericht die Frage, „ob die Parteileitung, da sie sieht, daß sie ihren Willen nicht durchsetzen kann, nun nicht doch klein beigeben werde?“

Unsere Gegner haben wieder einmal die Unwahrheit gesagt und umsonst triumphiert. Im wesentlichen Punkt ist jener Bericht nämlich falsch. Herr Rittinghausen war allerdings in Solingen und wurde auch von einigen Leuten als Kandidat proklamiert, aber diese Leute sind nicht das „Wahlkomitee“ des Kreises. Es sind einige persönliche Freunde des Herrn Rittinghausen, darunter auch der Kaufmann und Freigemeindlicher Kautenbach — Leute, die niemals für eigentliche Parteigenossen gehalten haben. Das sozialdemokratische Wahlkomitee, welches von der gegnerischen Presse — absichtlich oder unabsichtlich, das lassen wir dahingestellt — mit jenem Kreise persönlicher Freunde des Herrn Rittinghausen verwechselt wird, hat — was keinem Moment zweifelhaft war — nach Prüfung der Sachlage einstimmig die Kandidatur des Herrn Rittinghausen verworfen, weil die Korrektheit des Verfahrens der Fraktion unannehmbar war und ist. Die Fraktion wird also nicht in der Lage kommen, „klein beigeben“ zu müssen.

Wir wollen hier nicht wiederholen, warum die Fraktion seinerzeit gegen Rittinghausen vorgehen mußte. In dem Parteiorgan ist unmittelbar nach der Ausschreibung des Abgeordneten für Solingen ein amtlicher Bericht erschienen, auf den wir nur verweisen können. Jeder, der unsere damaligen Ausführungen gelesen hat, wird uns bezeugen müssen, daß wir Herrn Rittinghausen mit der größten Schonung behandelt und uns in den Schranken reinster Sachlichkeit gehalten haben. Wir werden uns auch jetzt nicht auf das Gebiet persönlicher Polemik hindrängen lassen. Ist Herr Rittinghausen so thöricht, den Kampf mit der Partei versuchen zu wollen, so wird er finden, daß die Partei ihm ebenso energig gegenübertritt wie jedem Anderem, der den Kampf mit ihr aufnimmt. Daß er sich hinter das (Gothaer) Parteiprogramm versteckt, wird ihm nicht schaden. Unsere Partei — und das ist es gerade, was er, zu seinem Schanden, nicht begriffen hat — erheißt von ihren Mitgliedern nicht bloß, daß sie das Parteiprogramm theoretisch oder gewissermaßen platonisch anerkennen, sondern auch, daß sie alle praktischen Pflichten erfüllen, welche die Parteigliedrigkeit mit sich bringt. War das schon früher notwendig, so ist die Partei durch die Ausnahmestellung, in der sie sich seit 1878 befindet, zu doppelter Strenge ihren Mitgliedern gegenüber gezwungen. Und wenn sie von jedem einzelnen Mitglied die strengste Erfüllung der praktischen Parteipflichten verlangen muß, wie viel mehr von solchen Mitgliedern, die zur Uebernahme eines Mandats und damit zur Leitung der Partei berufen sind!

Herr Rittinghausen hat sich, trotz dringendsten Radesens, nicht zur Erfüllung seiner praktischen Parteipflichten verstehen wollen; er hat sich der Parteigliedrigkeit nicht gefügt, und so mußte seine Ausschreibung aus der Fraktion erfolgen. Die Ausschreibung aus der Fraktion ist freilich nicht gleichbedeutend mit Ausschreibung aus der Partei, aber sie bedingt die Unfähigkeit zur Uebernahme eines Parteimandats. Und demgemäß hat die Parteileitung gehandelt und wird sie handeln. Der Weg ist ihr vorgezeichnet, und von Nachgeben oder Kompromissen kann nicht die Rede sein.

Im Solinger Wahlkreis wird ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt werden. Läßt Herr Rittinghausen sich gegen den sozialdemokratischen Kandidaten aufstellen — je nun, so wird er bekämpft werden, gleich jedem anderen gegnerischen Kandidaten. Das ist Alles.

— Eine würdige Antwort auf eine unwürdige Komödie. Auf dem Anarchistenkongress in New-York zur Verherrlichung Stellmacher's haben unsere dort anwesenden Genossen folgendes Flugblatt verteilt:

„Verwahrung gegen die anarchischen „Thaten“.

Erklärung. In Ansehung des Umstandes, daß in letzter Zeit von Gefährlicher oder total ununterrichteter Seite die von den Anarchisten Stellmacher und Konforten in Deutschland und Oesterreich begangenen Raubmorde in deren tatsächlichen und moralischen Motiven mit denen der Sozialdemokraten identifiziert werden, und in Ansehung, daß man behauptet, daß wir im Stillen doch mit der „Propaganda der That“ sympathisieren, so erklären wir hiermit öffentlich und offiziell, daß wir, und speziell die National-Exekutive der Sozialistischen Arbeiterpartei, als Vertreterin der Sozialdemokraten Nordamerikas, Thaten wie die Stellmacher's durchaus verabscheuen und tadeln, sowie für deren angeblichem Märtyrium für eine verwerfliche und barbarische That erachten.

Obwohl wir in unserer Anschauung durchaus revolutionär sind, indem wir an Stelle des heutigen selbstverherrlichenden, privatwirtschaftlichen Systems ein auf Basis ökonomischer Einsicht und der Gerechtigkeit gestelltes staatlich organisierte Produktion setzen wollen, unser schärfster Wunsch daher wäre, die neuen Zustand der Gesellschaft herbeizuführen, auf Grund dessen jedem Bürger das Recht auf ein wirklich menschlich-würdiges Dasein gesichert ist, so sind wir doch nicht so phantastisch, zu glauben, daß eine Umgestaltung der Gesellschaftsform von heute auf morgen wie auf Kommando stattfinden kann, oder daß künstlich erzeugte Furchen, Krawalle oder erblich Thaten, wie die obgenannten, unseren Wunsch nach der Umgestaltung der Gesellschaft verwirklichen könnten.

Im Gegenteil! Wenn Leute, wie Stellmacher und Konforten, aus Verwahrnehmung über die Unmündigkeit, die auf gesetzlichem Wege gegenüber einer schmachvollen Behandlung seitens der Behörden Recht zu verschaffen, und ausgehört von feigen, im Hinterhalte thronenden gewissenlosen Führern, den Plan fassen, um die Vertreter der heutigen „Ordnung“ zu beseitigen, untergeordnete Beamte, also willenslose Werkzeuge, oder was noch schlimmer ist, Privatleute, oder was am schlimmsten ist, uneheliche Kinder des Hauses wegen zu ermorden; und wenn eben diese Leute sich in ökonomischer Beziehung auf den Standpunkt des Sozialismus stellen, so liegt es auf der Hand, daß gewissenlose Feinde der Volkssache diese in Stellmacher und Konforten dokumentierte geistige Unzurechnungsfähigkeit benutzen, um der Sache des Sozialismus zu schaden, indem sie die Anhänger desselben in die Kategorie der gemeinen Verbrecher rangiren und damit dem Unwillen der Volksmassen preisgeben.

Die Sozialdemokraten verabscheuen aus tiefstem Herzen gewöhnliche Verbrechen als taktische Mittel; sie unterscheiden streng zwischen der That einer hochherzigen Sophie Perowskaja und der diabolischen Handlung eines elenden ständigen Wiedersachse oder Kolling; sie applizieren nicht an die toten Lebewesen leicht erregbarer und entzündlicher Rassen, sondern an das kühnste Verbrechen; sie suchen in die breiten Volksschichten nicht blutdürstige, aufreizende Phrasen zu schleudern, sondern das Bewußtsein von der Unheilbarkeit der heutigen Gesellschaftsordnung in der Menge wahrzurufen, und so die Revolution vorzubereiten, welche der Menschheit die vom Urkapitalismus verpeerte Bahn des Fortschritts wieder eröffnet und zum ersten Male in der Geschichte die Freiheit aus der politischen Knechtschaft in die ökonomische Wirklichkeit des gleichen Antheils am Gemeinprodukt überlegt; eine Umwälzung, die eine Revolution in den Köpfen der Menschheit zur Voraussetzung hat und für deren blutige Ausübung die Arbeiterklasse und Bewahrung lebendig der Verkörperung der Ausbeuterklasse zuschreiben sein werden.

Die Sozialdemokratie wurzelt mit ihrer Weltanschauung in einer in höchster Auffassung der Gerechtigkeit verstandenen Moral und wird auch nur solche Thaten als sittlich anerkennen, welche sich als Akt der Nothwehr unentgeltlich befrüchteter Völker und Individuen dokumentiren und in der Beseitigung von Tyrannen und der gemitlichem Befreiung eines unterdrückten Volkes ihren höchsten idealistischen Ausdruck finden. Wir feiern die wahren Revolutionäre wie sie in dem amerikanischen Befreiungskampfe, wie sie in den französischen Volkskämpfen, wie sie gegen

russische Tyrannen sich erhoben; wir verabscheuen aber die modernen Klerik-Revolutionäre, welche mit dem Mantel demagogischer Phrasen gemeine Verbrechen beschönigen und schlimmer als bezahlte Diener der Reaktion die Sache des Volkes, die zu fördern ihnen Wille und Fähigkeit mangelt, frecklich verrathen.

New-York, 10. August 1884.

Das National-Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterpartei: W. L. Rosenberg, Sekretär.

Von einem einzigen Punkte abgesehen — die untergeordneten Beamten, hier also Polizisten etc., sind doch nicht so generell als „willenslose Werkzeuge“ zu betrachten, sondern sehr oft als gewissenlose Handlanger — also von diesem Punkte abgesehen können wir die Erklärung nur billigen. Und wie man uns von New-York schreibt, hat sie sowohl in der Versammlung wie außerhalb derselben ihren Zweck durchaus erfüllt.

Beiläufig sind die Verhaftungen von drei Anleitern des Redirektes für Stellmacher nicht etwa, wie die deutschen Zeitungen berichten, wegen der Tendenz desselben erfolgt, sondern weil dieselben ihn an Eisenbahn- und Telegraphen-Posten anstellten, wo es überhaupt untersagt ist, Plakate zu befestigen. Sie erzielten auch weiter nichts als eine geringe Polizeiarrest.

Unwürdig nannte die Demonstration zu Ehren Stellmacher's, nicht etwa weil wir bei Anarchisten das Recht freitlich machen wollen, ihre Töden zu ehren, sondern wegen der komödiantischen Art, wie dies geschah. Unmännlich wie das Manifest war auch die „Festrede“.

Wie wir das meinen, wird man verstehen, wenn man die nachfolgenden Bruchstücke aus einem Briefe gelesen, den derselbe Mann geschrieben, der jetzt über Stellmacher's Hinrichtung heuchlerische Tränen vergießt:

„Und nun zur Pariser Misere! Ich weiß nicht, ob Ihnen unsere Pariser Freunde bereits darüber geschrieben haben und ob Sie in Folge dessen und auch in Folge meines Briefes bereits in Paris waren, wenn Sie diese Briefe erhalten; allein wenn dem nicht so sein sollte, möchte ich Sie dringend bitten, so schnell wie mir immer möglich dorthin zu fahren. Da St. schrieb, er sei bereit, einem von unserer Seite herollmüthigsten Genossen Rede und Antwort zu stehen, so lege ich hier ein paar Zeilen als Vollmacht bei. Lassen Sie sich aber nicht in faule Redensarten einwickeln. Wir wünschen einfach, daß Nr. 40 die letzte Nummer sein sollte, welche St. liefert. Seine angeblichen Forderungen werden noch etwas genauer zu prüfen sein und wenn sie reell sind, wird man sie decken.“

Die Hauptsache ist die Fortschaffung des Blattes aus den Händen St.'s.

„NB. Wenn Ihnen St. vorzammern sollte, daß er sehr große Papierbestellungen gemacht und die Drucker Vorstände geleistet haben? So mögen Sie ihm nur bedeuten, daß er von uns hier nicht im Geringssten beauftragt wurde. Und seinen Wochenlohn von 30 Fr., wofür?? hat er, nur er sich bewilligt, wir hingegen niemals. Bismarck bezeichneten wir seine Forderungen als ängstlich fremd, mißfin wird es nichts mehr sehen!“

So schrieb im September 1882 Herr Johann Rost an Philipp Kennel in Bern über Hermann Stellmacher, — muß einem da nicht der Ekel überkommen, wenn man mit diesem Brief, aus dem die niedrigste Unanständigkeit herausleuchtet, die theatralischen Tränen vergleicht, mit denen Herr Rost denselben Stellmacher von der Tribüne herab als einen antiken Heroen verherrlicht? Komödie, Komödie und immer wieder Komödie!

Korrespondenzen.

Hannover, im August. Wennaleich wir den Raum des Parteiorgans nicht gern für uns in Anspruch nehmen, so glauben wir doch, es den Genossen schuldig zu sein, verschiedene Vorkommnisse, welche sich hier in letzter Zeit abgespielt, zur allgemeinen Kenntniss zu bringen. Seinerzeit hatte sich bei Gelegenheit der Anheischigmachung einer Anlage des Wahltagblattes die Redaktion unseres Organs veranlaßt gesehen, den hiesigen Richtern, gegenüber der Persiflage und Korruption, welche unter den Richtern im Allgemeinen Platz gegriffen, ein besonderes Lob zu ertheilen. Dieses Lob scheint nach oben arg verschmüpft zu haben, man hat es sich wenigstens seitdem, jedenfalls auf höhere Weisung, angelegen sein lassen, zu beweisen, daß das Lob ein durchaus unbedeutendes war, und daß das damals gefällte Urtheil nur dadurch möglich gewesen, daß die Richter auf einen Augenblick vergessen hatten, daß sie in erster Beziehung die Hausknechte eines Bismarck sind. Seit einiger Zeit hat die hiesige Polizeidirektion uns mit einer neuen Einrichtung beglückt; sie hat nämlich ein Kommissariat für politische Polizei eingerichtet, an dessen Spitze ein aus Berlin verschicktes Individuum steht, welches nach den Aussagen von Berliner Genossen ein früherer Agent des großen Dynamitthans gewesen sein soll; hier läßt er sich mit Wohlgefallen Herr Politzeikommissar nennen. Wenn es auch unbedingt feststeht, daß der Mann den Stein der Weisen gerade nicht entdeckt hat, so hat sich bei ihm das Sprichwort: die dümmsten Bauern haben stets die dicksten Kartoffeln, bewahrheitet. Nachdem Reumann bei seinem ersten Debatte bei Gelegenheit eines Säbenerfestes außer einer gehörigen Tracht Prügel ob seines dummen Verfahrens trotz liebevoller staatsanwaltlicher Fürsorge nur Verweise von Seiten des Gerichts eingehandelt, hat er, wie gesagt, nun in letzter Zeit dummes Glück gehabt. Ein abgegangenes Plakat an den Genossen Kiel war Veranlassung, daß derselbe von der internationalen Polizei der Fürsorge unseres Reumann empfohlen wurde, und so hatte Reumann denn auch das Glück, bei einer der Kiel vorgenommenen Hausdurchsuchung einen Anhalt Exemplar des „Sozialdemokraten“ und diverse Brochüren zu finden. Auf Grund dieses wurden sowohl Kiel als sein Nebengeheile und auch der Lehrling verhaftet, letzterer jedoch, nachdem man vergeblich alle möglichen Nationen angestellt, wieder entlassen. Kiel jedoch erhielt, nachdem er drei Monate in Untersuchung gefesselt, für sein Verbrechen noch eine Zusatzstrafe von einem Monat.

Durch Verhath oder Polizeimache sind wir sodann weiter betroffen worden, indem eine Anstiftung in die Hände des Sophia Reumann von Auswärts überliefert wurde. Die Sendung wurde hier ordnungsmäßig an den Adressaten abgeliefert, obwohl man seitens der Polizei wußte, was dieselbe enthielt. Schon vorher hatte man das Haus mit Ordnungsbüchsen umstellt, und nachdem die Sendung angenommen wurde das Haus gestürmt, die Kiste beschlagnahmt und der Schneidermeister Lutter verhaftet. Leider ließ derselbe sich durch den Untersuchungsrichter beirren und machte Aussagen, auf Grund deren die Genossen Daustrup und Bogler verhaftet wurden. Trotzdem von den Seiten der Polizei und Staatsanwaltschaft irgend ein thatsächlich gravirendes Moment nicht beigebracht war, wurden die Genossen doch verurtheilt, nachdem sie zwei, beziehungsweise drei Monate in Untersuchung gefesselt, und zwar wurden Lutter zu drei, Bogler zu sieben und Daustrup zu neun Monaten Zusatzstrafe verdonnert. Beiläufig des Genossen Bogler bemerken wir noch, daß derselbe bei seiner Verhaftung schon bedenklich erkrankt, ja augenscheinlich dem Tode verfallen war; trotzdem nun Bogler um vorläufige Haftentlassung nachsuchte, wurde ihm sein Gesuch rundweg abgeschlagen. Es ist jedenfalls seinem krankhaften Zustande zuzuschreiben, auch wird die Behandlung im Gefängnis dazu beigetragen haben, ihn zur Verweigerung zu treiben. — Kurz, man darf ihn eines Borgehen erhängt in seiner Felle vor. Wir betrauern in dem Tode einen braven, treuen Genossen. Ehre seinem Andenken!

Infolge elender Nachsicht wurde der Genosse Senf von einem seiner Mitarbeitern der Verdrängung des Parteiorgans denunziert. Senf wurde, nachdem er ihm gehausigt, verhaftet und, nachdem er circa drei Monate in Untersuchung gefesselt, noch zu zwei Monaten verurtheilt, wovon ihm ein Monat von der Untersuchungsfrist abgerechnet wurde. Daß Meyer, so heißt der Betreffende, die Anzeige gemacht, ging aus der Anklage hervor, da dieselbe mit seiner Aussage der Beschäftigung des Senf an nicht richtig war und sich mit einer Blase versehen wollte. Wir übergeben ihn hiermit der gerechten Verachtung aller rechtlichen Menschen.

Die letzten Opfer der Polizei bildeten der Handelsmann Bümann und der Arbeiter Schenke, beide zu Sarstedt.

Dieselben waren ebenfalls der Verbreitung verbotener Druckschriften angeklagt, auch sollte Bümann der Verfasser des vor einiger Zeit im Parteiorgan erschienenen Artikels über die Zuderfabrik in Sarstedt sein. Das letztere Verbrechen konnte Bümann leider nicht nachgewiesen werden, und so wurde derselbe, nachdem er zehn Wochen in Untersuchung gefesselt, noch mit einer Zusatzstrafe von einem Monat bedacht, während Schenke mit der Strafe von 20 Mark, welche ebenfalls mit angeklagt war, hatte ebenfalls 7-8 Wochen Untersuchungshaft zu erleiden.

Alle diese Vorkommnisse haben jedoch nur dazu beigetragen, die Genossen noch mehr anzuspornen, für unsere gerechte Sache einzutreten, trotzdem der importirte Berliner frühere Agent provokateur Reumann in Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und dergleichen Chikanen mehr als das Vollkommene leistet, so daß er selbst einem Regierungsbaumeister Reiter aus Berlin, welcher in einer Bauhandwerker-Versammlung sprach, das Wort entzog und die Versammlung auf Grund des Propagandagebietes auflöste (trotzdem Reiter gegen unser Parteiprinzip sprach), was auch jedenfalls ein hoher Beweis der Thätigkeit Reumann's ist.

Unser Kandidat Genosse S. Meiser gibt durch sein bloßes Auftreten dem Exgeheimnisse des großen General Dum-Bum oder Polizeikommissarius Reumann die Anregung zur Auflösung jeder Versammlung, welche von Arbeitern einberufen wird; doch wirken diese Auflösungen besser für unsere Sache, als wenn Meiser stundenlang gesprochen hätte, denn die Bewohner Hannovers sagen sich, daß eine Sache, die mit solchen Gewaltmaßregeln unterdrückt wird, etwas für sich haben muß, und so sehen wir dem Wahlkampf guten Willens entgegen und rufen auch von hier allen Gesinnungsgenossen ein Gleiches auf zum Wahlkampf, Glückauf zum Siege zu!

Die Genossen Hannover. Die abgeschmakt Reumann bei Ausübung seines ehrenvollen Berufes vorgeht, zeigt sich wohl daraus am besten, daß er das Signalment eines über 70 Jahre alten Genossen, welcher halb erblindet ist, ausgenommen hat; auch scheint er bei Hausdurchsuchungen neue Maximen einführen zu wollen, indem er sämtliche Druckschriften, die auf unsere Sache Bezug haben, beschlagnahmt und vorläufig behält. So hat er schon bei 5-6 Hausdurchsuchungen, welche schon vor drei Wochen vorgenommen wurden, die Sachen mitgenommen, aber trotz Reclamation nicht wieder zugestellt. Wir erlauben uns später noch einmal, über sein moralisches Leben Einiges mitzutheilen, da der frühere „Freiheit“ Expedient Genosse Reumann trotz seines kurzen Hierseins schon Erkelliches in galanten Auentheuern geleistet haben soll.

An die Parteigenossen.

Unter dieser Aufschrift sind im „Sozialdemokrat“ Nr. 3 d. 3 alle ausgewiesenen etc. Genossen aufgefordert, sich rechtzeitig mit (gelb-blauer) Legitimationskarte, von Debel, Grillenberger, Hagenteiler und Liebknecht unterzeichnet, zu versehen, wenn sie auf Hilfe in ihrem Vorkommen rechnen wollen.

Alle Orte, besonders die Schweiz, sind gebeten, Vorweisung dieser Legitimation zu verlangen, und ohne dieselbe nur dann finanzielle Hilfe zu gewähren, wenn solche bringendst geboten und leicht der bekannnten Unterstützung- und Kontrollstellen rasch genug zu erreichen ist.

Kein Ort hat Rückstattungsansprüche zu stellen und Vertrauensadressen weiterzugeben etc., ohne daß dieselben der seine Parteigliedrigkeit bis dahin genügend erwiesen hat. Wiederholte Fälle verächtlicher Verungung auf frühere Parteigliedrigkeit, bekannte Personen und Beschäftigte u. dgl. Parteien zur strengsten Vorsicht und Kontrolle, wenn nicht Unwürdigkeit unterliegt werden sollen.

Die Vertrauensliste in Zürich.

Briefkasten.

der Redaktion: J. Diehgen: 6 und 7 dankend erhalten. — A. G. in S.: Ihre Anregung mußten auf nächste Nummer verziehen. — der Expedition: L. H. Buffalo: Bsmf. dts. erh. Zoff. pr. 5 Cu. immer gefrt. Ohne Nachr. Dank für Weiteres. — Moritz: Nr. 18 — Ab. 3. Cu. erh. Roth besorgt. — A. D. W. D.: Nr. 5 — Ab. 1. Sept. 84 bis Ende Februar 85 erh. — Remgorst: Fr. 1500 — dritte Rate pr. Wfd. von der S. A. P. R. A. durch das National-Exekutivkomitee dts. erh. — Rothbart: Nr. 100 — à Cto. Ab. erh. Weiteres: H. — Di. A.: Nr. 113 40 Ab. 1. Cu. erh. D's „Kran“ daar regulieren, deshalb billigt notirt. — C. Z.: Laufanne: dürfte so am einfachsten und raschesten sein. Beliebige Entschädigung pr. Adts. bleibt, am annehmbar, sofern möglich. — Mai: Adr. dts. notirt. Weiteres, sobald Meldung da. — G. P. Kiste: Nr. 32 40 Abon. 2. Cu. erh. Hf. am 26/8. betr. Weiteres. — Ferd.: Nachr. vom 31/8. Erwünschtes besorgt, auch an R. — Joroaster: Bsmf. folgt. 3000 Rfn. — 3000 Gramm Gew. durch als Zahlung. Waren 3 Edgn. Aufser durch geht kein Ergl. durch uns nach dortiger Gegend. Betr. Weiteres: Ihnen. — C. B. G.: Nr. 3 40 Ab. 3. Cu. u. Porto erh. — Hg. dts. Nr. 82 20 Ab. 3. Cu. u. erh. Bsmf. folgt. — Torfassen: Nr. 18 — Ab. 3. Cu. Hf. Weiteres. Schriftstg. folgt. — Dtsch. Ver. Revue: Fr. 12 — für die streitenden Gimmischauer dts. erh. und besorgt. — S. Hfm. Ravenshorpe: Fr. 250 Ab. 3. Cu. erh. — Bon. d. S. J. Fr. 5 06 (1 Doll.) f. d. dtsch. Bsmf. dts. erh. Fr. 5 06 pr. Ab. 1. Sept. 84 bis Ende Febr. 85 gutgeh. — G. D. A.: Nr. 2 15 dr. Porto Zuschlag bis Ende Nov. erh. — J. R. A.: Nr. 3 — Ab. 3. Cu. erh. — b-dr. Kf.: Nr. 11 — à Cto. erh. Weiteres besorgt. — Cleveland D.: Fr. 506 30 (Doll. 100 —) v. der Gruppe I (Westf.) der J. A. A. Neben schuß des dtsch. Volkstheaters pr. Wfd. dts. erh. — Rava: Nr. 580 — à Cto. Ab. 2. Cu. gutgeh. — W. Adf. Rgn.: Fr. 5 — à Cto. erh. Hf. an betr. Adr. gehen am besten per Laupp'sche Buchh. Tabingen Bsmf. folgt. — Wg. Luzern: Fr. 30 25 Ab. 3. Cu. u. Schft. erh. Fr. 2 85 an Bsmf. besorgt. Bsmf. folgt. — Buenos-Aires: Fr. 230 — pr. Secunda eingeg. Prima nicht angelangt. Fr. 300 — (mit Fr. 157 — à Cto. Ab. 1.) gebucht. Fr. 180 95 (v. d. Fr. 330 —) a. d. Bsmf. bez. Hf. Weiteres. — Buenos-Aires: Fr. 133 — 2. Rate pr. Wfd. vom „Berein Borw.“ dts. erh. — Bon. den Eskimos: Fr. 10 — pr. Wfd. dts. erh. — Kothter Boigtländer: Nr. 43 70 Ab. 3. Cu. und Schft. erh. Adr. notirt. — C. Schum. Cincinnati: Fr. 100 — à Cto. Ab. u. Schft. erh. Weiteres besorgt. — J. J.: Fr. — 20 f. Bsmf. erh. — Lidg.: Fr. 4 05 gef. v. dtsch. Gen. am Vermuthungsbuch pr. Wfd. dts. erh. Fr. 5 95 pr. Ab. u. Schft. erh. Bsmf. folgt. keine zu schaffen.

Anforderung.

Der im Aufenthalt von Wilhelmine Kämendinger, ausgewandert im Jahre 1880, in Newyork noch 1882, kennt, wird dringend gebeten, dies mir mitzutheilen oder sie auf diese Nachfrage aufmerksam zu machen.

Karl Kämendinger,

Arbeiter-Vereinsklub Laufanne, Place de la Riponne.

Befreundete Blätter sind dringend um Gratisweitergabe dieser Notiz ersucht.

Die Expedition.

Zürich Samstag, 6. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Cafe Kessler.

Geschlossene

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Wichtige Parteigenossenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Lokalausschuß.

Wochentliche Genossenschaftsversammlung, Göttingen, Zürich.